TOP**3. Bündelausschreibung Erdgas 2023
- 2025**Verfasser: Carmen Schäfer
Bearbeiter: Carmen Schäfer
Fachbereich: Fachbereich 1.1Datum:
27.09.2022Aktenzeichen:
1.1.Telefon-Nr.:
02651/8009-38

Gremium	Status	Termin	Beschlussart
Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	29.09.2022	Kenntnisnahme
Verbandsgemeinderat	öffentlich	06.10.2022	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Mit Beschluss des Verbandsgemeinderates sowie der Gemeinderäte der OG Ettringen, Kehrig, Kottenheim und St. Johann haben sich diese mit ihren Abnehmerstellen an der 3. Bündelausschreibung Erdgas 2023-2025 der Gt-service GmbH beteiligt.

Die Gt-service teilt uns mit Schreiben vom 02.09.2022 mit, dass trotz einer europaweiten Bekanntmachung dieser Bündelausschreibung kein Bieter bereit war, ein verbindliches Angebot abzugeben.

Auf Grund der angespannten Lage auf den Gasmärkten hat die Bundesregierung die zweite Eskalationsstufe im Notfallplan Gas ausgerufen. Der Gaspreis hat sich in den vergangenen Monaten vervielfacht. Die Energiebeschaffung ist momentan sehr schwierig. Der Energiemarkt unterliegt aktuell einem starken Wandel. Auf europäischer Ebene wird in alle Richtungen gedacht. Aufgrund dieser Unsicherheiten erscheint es aktuell nicht für zielführend, an weiteren Vergabeverfahren, indem potenzielle Bieter aufgefordert werden, auf Basis des ausgeschriebenen Vertrages, ein Angebot im Verhandlungsverfahren abzugeben, festzuhalten.

Die Energielieferverträge laufen zum 31.12.2022 aus. Ggfs. ist danach nur noch eine Grundversorgung oder sogar nur eine Ersatzversorgung möglich. Der zuständige Grund- und Ersatzversorger ist die Energieversorgung Mittelrhein in Koblenz. Da wir bei der überwiegenden Anzahl der Abnahmestellen mehr als 10.000 kWh Gas im Jahr beziehen, können wir nicht grundversorgt werden und sind damit vom Anwendungsbereich der GasGVV (Gasgrundversorgungsverordnung) ausgenommen. Wir fallen damit in die Ersatzversorgung. In der Ersatzverordnung gelten dieselben Bestimmungen, jedoch mit dem Unterschied, dass die Ersatzversorgung kraft Gesetzes nach 3 Monaten, also mit Ablauf des 31.03.2023 enden würde (§ 38 Abs. 1 EnWG). In dieser Zeit sollte ein Vertrag mit einem Lieferanten abgeschlossen sein oder mit dem örtlichen Versorger ein Sondervertrag mit besseren Konditionen als in der Ersatzversorgung unterzeichnet sein.

Der Grundversorger ist von seiner Lieferpflicht befreit, soweit und solange der Grundversorger am Bezug und der vertragsgemäßen Lieferung von Gas durch höhere Gewalt oder sonstige Umstände, deren Beseitigung ihm nicht möglich ist oder im Sinne des § 36 Abs. 1 S. 2 EnWG wirtschaftlich nicht zugemutet werden kann, gehindert ist. Ob dieser Zustand einer höheren Gewalt eintritt, hängt von der weiteren Entwicklung der Liefersituation ab.

Die Gt-service hat Gespräche mit Netzbetreibern, Versorgern und Regulierungsbehörden für die kommunale Abnahmestellen, die in die Ersatzversorgung fallen geführt. Erste Signale deuten darauf hin, dass die örtlichen Lieferanten auch nach Ablauf der Frist beabsichtigen die Versorgung zu den dann jeweiligen, preislichen Marktbedingungen aufrecht zu erhalten, bis die Kommunen neue Lieferverträge abgeschlossen haben. Dies unter der Voraussetzung, dass die Märkte weiterhin beliefert werden können.

Aus dem Vergabeverfahren bei der Gt-service sind wir ausgetreten, weil es sehr unwahrscheinlich ist, dass Angebote abgegeben werden und somit Zeit verstreicht, um die Gasversorgung sicherzustellen.

Unser derzeitiges Versorgungsunternehmen EVM vor Ort mit Sitz in Koblenz hat uns mit E-Mail vom 14.09.2022 folgende Verfahrensweise angeboten. Auf Wunsch wird uns ein Angebot übermittelt, welches wir nur innerhalb einer Stunde annehmen können. Sofern der Preis nicht akzeptabel ist und das Angebot nicht angenommen wird, ist kein Vertrag zustande gekommen. Zu einem späteren Zeitpunkt kann wiederholt ein Angebot angefordert werden, solange, bis der Zuschlag innerhalb der Annahmefrist von einer Stunde angenommen wird.

Unter Berücksichtigung der drohenden Gasmangellage haben wir von dieser Möglichkeit bislang mehrfach Gebrauch gemacht. Das erste Angebot lag bei einem Preis von 22,067 ct/kWh zzgl. Netzentgelt, Steuern, Umlagen und Abgaben. Derzeit werden täglich Angebote eingeholt. (Stand 27.09.2022)

Bis zur Sitzung sind folgende Alternativen denkbar.

Alternative 1:

Am _____ erfolgte ein Zuschlag zum Angebotspreis von _____ ct/kWh.

Nach § 48 GemO kann der Bürgermeister in Angelegenheiten, deren Erledigung nicht ohne Nachteil für die Gemeinde bis zu einer Sitzung des Gemeinderats oder des zuständigen Ausschusses aufgeschoben werden kann, anstelle des Gemeinderats oder des Ausschusses entscheiden. Die Gründe für die Eilentscheidung und die Art der Erledigung sind den Ratsmitgliedern oder den Mitgliedern des zuständigen Ausschusses unverzüglich mitzuteilen. Der Gemeinderat oder der zuständige Ausschuss kann in seiner nächsten Sitzung die Eilentscheidung des Bürgermeisters aufheben, soweit nicht bereits Rechte Dritter entstanden sind.

Da der Markt stark schwankend ist und der Angebotspreis als angemessen erscheint, konnte die Entscheidung nicht mehr rechtzeitig ohne Nachteil für die Gemeinde im Rahmen einer Sitzung des Verbandsgemeinderates getroffen werden.

Der Bürgermeister hat daher eine Eilentscheidung nach § 48 Gemeindeordnung getroffen

Alternative 2:

Ein Zuschlag wurde bislang noch nicht erteilt. Der Bürgermeister der Verbandsgemeinde wird ermächtigt unter Berücksichtigung der aktuellen Gasmarktlage ein Angebot anzunehmen, um die Versorgung der öffentlichen Verwaltung sowie die Bereiche Wasser, Abwasser, Notfall, Sicherheit und Bildung zu gewährleisten.

Vergaberechtliche Beurteilung:

Hinsichtlich der Verfahrensordnung für die Vergabe öffentlicher Liefer- und Dienstleistungsaufträge unterhalb der EU-Schwellenwerte ist folgendes anzumerken:

Gem. § 12 Abs. 1 UVgO kann der Auftraggeber eine Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb durchführen. Im Falle einer Verhandlungsvergabe nach § 8 Abs. 4 Nr. 9 bis 14 darf gem. § 12 Abs. 3 auch nur ein Unternehmen zur Abgabe eines Angebots oder zur Teilnahme an Verhandlungen aufgefordert werden.

Gem. § 8 Abs. 4 Ziffer 9 UVgO kann der Auftraggeber Aufträge im Wege der Verhandlungsvergabe mit oder ohne Teilnahmewettbewerb vergeben, wenn die Leistung aufgrund von Umständen, die der Auftraggeber nicht voraussehen konnte, besonders dringlich ist und die Gründe für die besondere Dringlichkeit nicht dem Verhalten des Auftraggebers zuzurechnen sind.

Die Feststellung der besonderen Dringlichkeit erfordert eine Abwägung im Einzelfall. In die Abwägung einzustellen sind die grundsätzliche Pflicht des Auftraggebers zur Durchführung eines wettbewerblichen und transparenten Vergabeverfahrens und die durch das Ereignis bedrohten Rechtsgüter.

Entsprechend ist die Verhandlungsvergabe gem. § 8 Abs. 4 Nr. 9 UVgO gerechtfertigt, wenn bedeutende Rechtsgüter – etwa Leib und Leben und hohe Vermögenswerte – unmittelbar gefährdet sind.

Zum Zeitpunkt der Teilnahme an der 3. Bündelausschreibung war der Angriff Russlands auf die Ukraine nicht absehbar und die daraus folgende Gasmangellage nicht kalkulierbar.

Eine fehlende Gasversorgung führt zur Gefährdung der Gesundheit insbesondere von Schülern und Kindergartenkinder aber auch vom Personalkörper und somit zur Gefährdung des Rechtsgutes Leib und Leben. Darüber hinaus können die Vermögensschäden die ohne frostsichere Beheizung entstehen, immens groß sein.

Eine Verhandlungsvergabe nach § 8 Abs. 4 Nr. 9 bis 14 ist gem. § 12 Abs. 3 UVgO gerechtfertigt.